

9. Chronologie der Europäischen Integration 1992

Zusammengestellt von Simone Pieroth

Januar

Präsidentschaft

1. Januar: Der Ratsvorsitz der EG geht von den Niederlanden an Portugal über. Die Hauptaufgaben der portugiesischen Präsidentschaft unter dem Vorsitz des Außenministers, João de Deus Pinheiro, sind die Vollendung des Binnenmarktes, die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), die Verhandlungen über die Gemeinschaftsfinanzen der nächsten fünf Jahre, die Verwirklichung der Sozialcharta, die Umwelt-Konferenz in Rio und die Uruguay-Runde.

Vereinte Nationen

3. Januar: Die Europäische Gemeinschaft übermittelt anlässlich seines Amtsantritts eine Grußbotschaft an den neuen Generalsekretär der Vereinten Nationen, Boutros Boutros-Ghali.

EPZ/El Salvador

3. Januar: Die zwölf Mitgliedstaaten der Gemeinschaft äußern sich erfreut über die am 31. Dezember 1991 erfolgte Unterzeichnung der "New Yorker Akte" zwischen der Regierung von El Salvador und der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) zur Beendigung des bewaffneten Konflikts.

EPZ/Israel

4. Januar: Die Zwölf fordern Israel zur Einhaltung der Bestimmungen der Vierten Genfer Konvention gegenüber den Bewohnern der besetzten Gebiete auf, nachdem die israelische Regierung zwölf Palästinenser aus den besetzten Gebieten ausgewiesen hatte, was nach internationalem Recht illegal ist.

EPZ/Jugoslawien

7. Januar: Die zwölf Mitgliedstaaten der Gemeinschaft äußern sich bestürzt und entsetzt über den Abschluß des Hubschraubers mit fünf EG-Beobachtern über kroatischem Gebiet und fordern die gründliche Aufklärung und Feststellung der Verantwortlichen.

Jugoslawien-Konferenz

9. Januar: In Brüssel findet eine von der Europäischen Gemeinschaft arrangierte Friedenskonferenz mit den Präsidenten aller sechs jugoslawischen Teilrepubliken statt, auf der die Entsendung von UN-Friedenstruppen und die Fortführung der Konferenz gutgeheißen wird.

Allgemeine Angelegenheiten

10. Januar: In Brüssel findet eine Sondertagung der Minister für Auswärtige Angelegenheiten statt. Thema der Beratung ist die Bekräftigung des Standpunktes des Rates zu dem Kompromißpapier des GATT-Generaldirektors Arthur Dunkel vom 23. Dezember 1991. Weitere Tagesordnungspunkte sind die Anerkennung der jugoslawischen Republiken, die Wirtschaftssanktionen gegenüber Serbien sowie die Einhaltung des Waffenstillstandes von Sarajevo seit dem 2. Januar und die Beziehungen zu den GUS-Staaten.

GATT

13. Januar: In Genf einigen sich die 108 Teilnehmerländer auf eine Fortsetzung der GATT-Gespräche auf der Grundlage des von dem Generalsekretär des GATT, Arthur Dunkel, vorgelegten Vertragsentwurfs.

Europäisches Parlament

13.-17. Januar: In Straßburg findet die Plenartagung des EP statt. Im Mittelpunkt der Ta-

gung steht die Wahl des neuen Parlamentspräsidenten, Egon Klepsch (EVP), und die Benennung der Ausschüsse insbesondere im gesetzgebenden Bereich, das Tätigkeitsprogramm der portugiesischen Präsidentschaft sowie der Jahreswirtschaftsbericht und die GATT-Verhandlungen.

VSBM/Sicherheitspolitik

13. Januar: Die Verhandlungen über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen in Europa werden in Wien wieder aufgenommen.

Gemeinschaft Unabhängiger Staaten

15. Januar: Die Zwölf erkennen die Republiken der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) an, nachdem diese sich zur Einhaltung der "Leitlinien für die förmliche Anerkennung neuer Staaten in Osteuropa und in der Sowjetunion" verpflichtet haben.

Abrüstungskonferenz

21. Januar: In Genf kommen die Vertreter von 39 Staaten zur Fortsetzung der seit 1968 geführten Abrüstungskonferenz über ein weltweites Verbot von chemischen Waffen zusammen mit dem Ziel, 1992 den Abschluß einer entsprechenden Konvention zu erreichen.

Kommission

22. Januar: Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften nimmt in Brüssel ihr Arbeitsprogramm und ihr Legislativprogramm für das Jahr 1992 an. Schwerpunkte des Arbeitsprogramms sind die Vollendung des Binnenmarktes und flankierenden Maßnahmen, die Annahme des zweiten Pakets von Struktur- und Finanzregelungen sowie die Stärkung der Stellung der Gemeinschaft in der Welt.

GUS

22.-23. Januar: In Washington kommen Vertreter von 47 Staaten und sieben internationalen Organisationen zur Konferenz der Koordinierung der internationalen Hilfe zugunsten der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) zusammen. In fünf Arbeitsgruppen werden die Problemstellungen in den Berei-

chen Wohnungsbau, Nahrungsmittelhilfe, medizinische Hilfe, Energieversorgung und technische Hilfe erörtert.

G7-Treffen

25. Januar: Die Finanzminister und Notenbankchefs der sieben führenden Industrienationen kommen in Garden City (New York) zu Beratungen zusammen. Themen der Beratungen sind u. a. die Bemühungen zur Stärkung des Weltwirtschaftswachstums, der Internationale Währungsfonds (IWF), sowie die schwierige Lage der ehemaligen Sowjetunion.

Agrarpolitik

27./28. Januar: In Brüssel einigen sich die Landwirtschaftsminister über eine Richtlinie über Fleischerzeugnisse der Gemeinschaft. Darüber hinaus wird der Stand der Entwicklungen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) und der GATT-Verhandlungen dargelegt.

EGKS

28. Januar: In Luxemburg findet eine außerordentliche Sitzung des Beratenden Ausschusses der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl statt. Themen der Beratungen sind der Bericht über die Anwendung der Vorschriften für staatliche Beihilfen zugunsten der Stahlindustrie, die Begrenzung der Kohlendioxidemissionen und der Abschluß der Interimsabkommen über Handel und Handelsfragen mit Ungarn, Polen und der Tschechoslowakei.

Nahost-Friedenskonferenz

28./29. Januar: In Abwesenheit der Konfliktparteien Syrien, Libanon und der Palästinenser beginnt in Moskau die dritte Phase der multilateralen Nahostverhandlungen. Die Teilnehmer verständigen sich auf die Bildung von fünf Arbeitsgruppen zu den Bereichen Rüstungskontrolle, regionale Wirtschaftsentwicklung, Umwelt, Wasserverteilung und Flüchtlingsfragen, die Ende April/Anfang Mai ihre Arbeit aufnehmen sollen.

Wirtschafts- und Sozialausschuß

29./30. Januar: In Brüssel findet die 293. Plenartagung des WSA statt, wobei der Deutsche

Michael Geuenich zum neuen Präsidenten gewählt wird. Weitere Themen der Tagung sind u. a. das Arbeitsprogramm des portugiesischen Ratsvorsitzes, die Frage der Massenentlassungen im Rahmen von grenzübergreifenden Abkommen, der Jahreswirtschaftsbericht 1991/92 sowie die geplante Wirtschafts- und Währungsunion und verschiedene soziale Fragen.

Interinstitutionelle Sitzung

29. Januar und 4. Februar: In Brüssel findet eine Sitzung des Ratsvorsitzes mit einer Delegation des Europäischen Parlaments und Vertretern der Kommission über den EG-Haushalt 1992 statt, wobei ein Kompromiß durch die Umschichtung der Finanzmittel der einzelnen Rubriken erreicht wird.

IAEO

30. Januar: Der stellvertretende nordkoreanische Minister für Atomenergie, Hong Gun Pyo, unterzeichnet in Wien ein Abkommen mit der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO), das die internationale Inspektion nordkoreanischer Atomanlagen ermöglicht.

KSZE

30./31. Januar: In Prag findet die zweite Tagung des KSZE-Ministerrates statt. Tagesordnungspunkte sind die Aufnahme von zehn ehemaligen Sowjetrepubliken, die Vergabe des Beobachterstatus an Kroatien und Slowenien, der Jugoslawienkonflikt sowie die Stärkung einzelner Institutionen und Strukturen der KSZE.

Februar

Regierungskonferenz/EGKS

3. Februar: In Brüssel billigen die Minister für Auswärtige Angelegenheiten die Änderungen des EGKS- und Euratom-Vertrages, die überwiegend technischer und institutioneller Art sind.

Allgemeine Angelegenheiten

3. Februar: In Brüssel kommen die Außenminister der Gemeinschaft zusammen und beschlie-

ßen Maßnahmen zugunsten der Republiken Kroatien und Slowenien, Bosnien-Herzegowina, Makedonien und Montenegro, ein Rahmenabkommen EWG-Paraguay, finanzielle und technische Hilfe sowie wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den ALA-Entwicklungsländern. Weitere Punkte sind u. a. die Lage der GUS-Staaten, die Folgen der Konferenz von Washington und die Finanzprotokolle "Mittelmeer".

Paraguay

3. Februar: In Brüssel wird ein Rahmenabkommen über die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Paraguay unterzeichnet.

Europarat

3.-7. Februar: In Straßburg findet die Parlamentarische Versammlung des Europarates statt. Sir Geoffrey Finsberg wird erneut zum Parlamentspräsidenten gewählt. Slowenien wird Sondergaststatus eingeräumt.

Baltische Staaten

4. Februar: In Brüssel unterzeichnen die Vertreter der Europäischen Gemeinschaft und Litauens ein Handels- und Kooperationsabkommen, das die erste Phase der vertraglichen Bindung beider Partner einleitet. Entsprechende Abkommen werden mit Lettland am 5. Februar und mit Estland am 24. Februar paraphiert.

EPZ/Venezuela

4. Februar: Die Zwölf verurteilen nachdrücklich den Putschversuch vom 4. Februar 1992 gegen die verfassungsmäßige demokratische Regierung Venezuelas.

Regionen

4. Februar: In Mannheim kommen die Vertreter der Regionen Europas zu einer Generalversammlung zusammen, um über die Ergebnisse des Europäischen Rates von Maastricht bzw. die Schaffung eines Rates der Regionen im Rahmen der Europäischen Union zu beraten.

UNCTAD

6.-25. Februar: In Cartagena (Kolumbien) findet die achte Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen statt. Hauptthema ist "die Stärkung der nationalen und internationalen Aktionen zugunsten einer gesunden, gerechten und gesicherten Weltwirtschaft".

Europäische Union

7. Februar: In Maastricht wird der Vertrag über die Europäische Union unterzeichnet, der im Rahmen des Europäischen Rates im Dezember von den Staats- und Regierungschefs verabschiedet worden war. Er soll im Laufe des Jahres von den nationalen Parlamenten ratifiziert werden.

Wirtschaft und Finanzen

10. Februar: In Brüssel beraten die Wirtschafts- und Finanzminister der Gemeinschaft über das irische Programm für wirtschaftliche Konvergenz, den Jahreswirtschaftsbericht 1991-92, die finanzielle Vorausschau und den Gesamthaushaltsplan 1992 sowie über die Beseitigung der Steuergrenzen und die multilaterale Überwachung.

Agrarpolitik

10./11. Februar: In Brüssel beraten die Landwirtschaftsminister der Gemeinschaft über die Entwicklung und die Perspektiven der GAP sowie über den Stand der GATT-Verhandlungen.

Europäisches Parlament

10.-14. Februar: In Straßburg findet die Plenartagung des EP statt. Themen der Sitzung sind u. a. das Tätigkeitsprogramm der Kommission für das Jahr 1993, der Kompromiß über den Nachtragshaushalt für das laufende Jahr, die Agrarfördermaßnahmen, die Teilnahme der EG an der Umwelt- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen in Rio sowie die Außenwirtschaftsbeziehungen zu Paraguay und die Integrierten Mittelmeerprogramme.

EPZ/ASEAN

13. Februar: Die Zwölf erklären hinsichtlich des Gipfeltreffens des Verbandes Südasiati-

scher Staaten (ASEAN) vom 27./28. Januar, ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit in dieser Region und zur Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen.

AKP-Staaten

17.-21. Februar: In Santo Domingo findet die vierzehnte Tagung der Paritätischen Versammlung AKP-EWG statt. Tagesordnungspunkte sind u. a. die Durchführung des Abkommens von Lomé in der Karibik, die Lage im südlichen Afrika und in Haiti sowie der Stand der Menschenrechte, Demokratie und Entwicklung.

Umwelt

21./22. Februar: Die Umweltminister der Gemeinschaft beraten in Estoril (Portugal) auf einer informellen Tagung über die Finanzhilfen für die Entwicklungsländer sowie über die Umwelt- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen, die im Juni 1992 in Rio stattfinden soll.

San José-Konferenz

24./25. Februar: In Lissabon findet die achte Tagung der Ministerkonferenz über den politischen Dialog und die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der EG und den zentral-amerikanischen Staaten sowie Kolumbien, Venezuela und Mexiko statt. Am Ende der Konferenz wird in einem Kommuniqué über die wirtschaftliche Zusammenarbeit die Bildung eines globalen Kooperationsabkommens zwischen der Gemeinschaft und den zentral-amerikanischen Staaten beschlossen.

Binnenmarkt

25. Februar: In Brüssel legt der Rat für Binnenmarktfragen einen Gemeinsamen Standpunkt in bezug auf die dritte Richtlinie über die Direktversicherung mit Ausnahme der Lebensversicherung fest. Weitere Punkte sind u. a. die Beseitigung von Grenzkontrollen, die Normung, der Verkehr von Kulturgütern sowie die Sicherheit von Informationssystemen.

KSZE

26. Februar: Die Präsidenten der ehemaligen Sowjetrepubliken Moldova, Tadschikistan,

Ukraine, Usbekistan und Weißrußland unterzeichnen in Helsinki die KSZE-Schlußakte.

Wirtschafts- und Sozialausschuß

26./27. Februar: In Brüssel findet die 294. Tagung des Wirtschafts- und Sozialausschusses statt. Tagesordnungspunkte sind u. a. das Arbeitsprogramm der Kommission für 1992, das Delors-II-Paket, der Jahreswirtschaftsbericht 1991/92, die Beschlüsse von Maastricht, die bevorstehende Umwelt- und Entwicklungskonferenz in Rio und die Vollendung des Binnenmarktes.

Europaabkommen

28. Februar: Vertreter von Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei unterzeichnen die Übergangsvereinbarungen, die am 1. März in Kraft treten und bis zum Abschluß der Ratifikationsformalitäten für die Assoziierungsverträge laufen sollen.

März

Allgemeine Angelegenheiten

2. März: In Brüssel kommen die Minister für Auswärtige Angelegenheiten zusammen. Sie beraten über die Annahme von Schlußfolgerungen zu den EWR-Abkommensverhandlungen und über die Beziehungen zur ehemaligen UdSSR.

Tunesien

2. März: Während der fünften Tagung des Kooperationsrates EWG-Tunesien werden im Rahmen des vierten Finanzprotokolls zwei Finanzierungsabkommen in Höhe von 85 Mio. ECU unterzeichnet.

Landwirtschaft

2./3. März: Die Landwirtschaftsminister der Gemeinschaft kommen in Brüssel zur Erörterung des Standes der Uruguay-Runde und der Entwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik zusammen.

VSBM/Sicherheitspolitik

4. März: In Wien enden die Verhandlungen über Vertrauens- und Sicherheitsbildende

Maßnahmen in Europa mit der Annahme des "Wiener Dokuments 1992" durch die 48 Teilnehmerstaaten.

Ostsee-Anrainer-Konferenz

5./6. März: Zu ihrer ersten Konferenz kommen die Außenminister der Ostsee-Staaten (Dänemark, Deutschland, Polen, Litauen, Lettland, Estland, Rußland, Finnland, Schweden und Norwegen) zusammen, um über eine Zusammenarbeit auf den Gebieten Umweltschutz, Energie, Gesundheitswesen, Verkehr, Tourismus und Kultur zu beraten. Der Ostsee-Rat wird gegründet.

Jugoslawien-Konferenz

9. März: Die Fortsetzung der Friedenskonferenz der EG für das ehemalige Jugoslawien findet in Brüssel statt, in der es u. a. um den Status von Bosnien-Herzegowina, die Schaffung eines dauerhaften Waffenstillstandes in Kroatien und die Minderheitenrechte der Serben in Kroatien und Bosnien-Herzegowina geht.

Europäisches Parlament

9.–13. März: In Straßburg findet die Plenartagung des EP statt. Im Vordergrund stehen u. a. Einzelfragen in der Agrarpolitik, die Außenbeziehungen der Gemeinschaft, die Schaffung eines europäischen Demokratiefonds, die Beziehungen zu Jugoslawien und verschiedene humanitäre Hilfen. Darüber hinaus fordert das Europäische Parlament die Abschaffung der in einigen Mitgliedstaaten noch vorhandenen Todesstrafe, den Ausstieg aus der Produktion von Fluorchlorkohlenwasserstoffen (FCKW) bis 1993, die Achtung der Freizügigkeit seitens der Mitgliedstaaten sowie die endgültige Anerkennung von Bosnien-Herzegowina.

Sozialpolitik

13./14. März: In Penina (Portugal) kommen die Sozialminister der Gemeinschaft zu einer informellen Tagung zusammen, um über die Rolle der Sozialpartner nach Maastricht und den sozialen Dialog bei der Durchführung der EG-Sozialpolitik sowie die Fragen nach der Berufsbildung in den 90er Jahren zu beraten.

Namibia

15.-17. März: In Windhoek unterzeichnen die Vertreter der Gemeinschaft und der Regierung von Namibia das im Vierten Abkommen von Lomé vorgesehene Richtprogramm.

Wirtschaft und Finanzen

16. März: Die Wirtschafts- und Finanzminister der Gemeinschaft kommen in Brüssel zu einer Tagung zusammen. Die wichtigsten Tagesordnungspunkte sind die Annahme von Schlußfolgerungen in bezug auf die Beziehungen zu den GUS-Staaten, die Struktur der Verbrauchssteuern auf Tabakwaren, der Bericht des Rechnungshofs für 1990 und die Entlastung der Kommission für das Jahr 1992.

Europäische Verkehrsministerkonferenz

17. März: In London beraten die Verkehrsminister aus 28 europäischen Ländern über Probleme der Kapazitätsausweitung im zivilen Luftverkehr, eine bessere nationale und internationale Koordinierung bei der Flugsicherung sowie über eine Neuorganisation des europäischen Flugraums.

Jugoslawien

17. März: In der bosnischen Hauptstadt Sarajevo kommen die Vertreter der drei Volksgruppen, Serben, Kroaten und Muslime, zu Gesprächen über eine Einigung in bezug auf die Gebietsansprüche der einzelnen Parteien zusammen.

Finnland

18. März: In Brüssel überreichen der finnische Staatspräsident Koivisto und Ministerpräsident Aho den formellen Beitrittsantrag ihres Landes zur Europäischen Gemeinschaft.

UN-Wirtschaftskommission

18. März: In Helsinki werden zwei Abkommen im Rahmen der UN-Wirtschaftskommission für Europa unterzeichnet. Das erste Übereinkommen betrifft die grenzüberschreitenden Auswirkungen von Industrieabfällen, das zweite Übereinkommen betrifft den Schutz und die

Nutzung grenzüberschreitender Wasserläufe und internationaler Seen.

EPZ/Südafrika

19. März: Die Zwölf begrüßen das Ergebnis des Referendums vom 17. März 1992 in Südafrika, das die Weiterführung des vor zwei Jahren eingeleiteten Demokratisierungsprozesses erlaubt.

Industrielle Zusammenarbeit

20. März: In Lissabon findet eine multilaterale Ministerkonferenz mit Vertretern aus Polen, Ungarn, der Tschechoslowakei, Brasilien, Venezuela, Angola und Mosambik statt. Thema der Beratungen ist die industrielle Zusammenarbeit im Hinblick auf die Auswirkungen der politischen Veränderungen in diesen Regionen.

Wirtschaft und Finanzen

21. März: Die Wirtschaftsminister der Gemeinschaft treffen in Lissabon zu einer informellen Tagung über militärisch und zivil nutzbare ("doppelt nutzbare") Güter für den Binnenmarkt zusammen.

Umwelt

23. März: In Brüssel beraten die Umweltminister der Gemeinschaft über die Annahme von Verhandlungsrichtlinien für die vierte Tagung der Vertragsparteien des Montrealer Protokolls zum Schutz der Ozonschicht sowie über den Schwefelgehalt von Gasölen und über die Abfälle der Titanoxid-Industrie.

EPZ/Georgien

23. März: Die Zwölf erklären sich bereit, Georgien als Staat anzuerkennen, nachdem dieser die "Leitlinien für die Anerkennung neuer Staaten in Osteuropa und in der Sowjetunion" akzeptiert hat.

KSZE

24.-26. März: In Helsinki findet das vierte Folgetreffen der KSZE statt. Im Mittelpunkt stehen Beratungen über Konfliktverhütungsmechanismen, die Einbindung der ost- und

südosteuropäischen Staaten in die KSZE und die Einberufung einer Friedenskonferenz zur Krise in der armenischen Enklave Berg-Karabach.

Wirtschafts- und Sozialausschuß

25. März: In Brüssel findet die 295. Tagung des Wirtschafts- und Sozialausschusses statt. Es werden u. a. Stellungnahmen zu dem zweiten Jahresbericht über die Durchführung der Strukturfondsreform, die Verfahren zu Auftragsvergaben in den Bereichen Telekommunikation, Dienstleistungsgewerbe, Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung verabschiedet.

Verkehr

26./27. März: In Brüssel erzielen die Verkehrsminister der Gemeinschaft u. a. eine politische Einigung über ein Abkommen zwischen der Gemeinschaft, Norwegen und Schweden über die Zivilluftfahrt.

Landwirtschaft

30./31. März: In Brüssel tagt der Rat der Landwirtschaftsminister. Die wichtigsten Tagesordnungspunkte sind u. a. die Verlängerung der Milchquotenregelung, die Verlängerung des Wirtschaftsjahres 1991/92 für Milch und Rindfleisch sowie die Verlängerung der gemeinsamen Marktorganisation für Tabak.

Binnenmarkt

31. März: In Brüssel kommen die Minister für Binnenmarktfragen zu einer Tagung zusammen, um eine Schlußfolgerung in bezug auf transeuropäische Netze anzunehmen.

Westeuropäische Union

31. März – 2. April: In Berlin kommen die Vertreter aus neun WEU-Staaten zu Beratungen über eine neue Sicherheitsordnung für Europa und die Zusammenarbeit der WEU mit den osteuropäischen Staaten zusammen. Weitere Teilnehmer der Konferenz sind Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, die Tschechoslowakei und Rumänien.

April

Jugoslawien-Friedenskonferenz

1. April: Die Vertreter der ehemaligen sechs Republiken Jugoslawiens verhandeln in Brüssel über eine Regelung der gegenseitigen Beziehungen und nehmen Absichtserklärungen in bezug auf Wirtschaftsbeziehungen und Rückkehr der Flüchtlinge an.

Fischerei

3. April: In Luxemburg tagt der Rat für Fischereifragen. Im Mittelpunkt der Gespräche stehen u. a. die Schlußfolgerung zur Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik und deren Kontrolle, die Fischereiregelung im Mittelmeer, die Marktorganisation von Fischereierzeugnissen sowie die Fischereibeziehungen mit Kanada.

EGKS

3. April: Der beratende Ausschuß der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl kommt in Luxemburg zu einer ordentlichen Sitzung zusammen. Themen der Sitzung sind u. a. die Anhörungen der Forschungsprogramme "Kohle" und "Stahl", die Gemeinschaftsstrategie zur Verringerung der Schadstoffemissionen und mehr Energieeffizienz, die Sozialpolitik der EGKS sowie der Gemeinschaftsmarkt für feste Brennstoffe 1991/92 und die Durchführungsbestimmungen für handelspolitische Schutzmaßnahmen innerhalb der Interimsabkommen mit Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei.

Türkei

3. April: Die EG richtet eine Demarche an die Türkei, in der sie gegen die gewaltsame Kurden-Politik protestiert.

Energie

3.–4. April: In Vilamoura (Portugal) findet eine informelle Tagung der Energieminister der Gemeinschaft zur Liberalisierung des Energiemarktes und zur Europäische Energiecharta statt.

Binnenmarkt/Portugal

5. April: Die portugiesische Währung (Escudo) wird in den Wechselkursmechanismus des Europäischen Währungssystems (EWS) aufgenommen.

Allgemeine Angelegenheiten/
Politische Zusammenarbeit

6. April: Die Minister für Auswärtige Angelegenheiten kommen in Luxemburg zu Beratungen über die Beziehungen EWG-Malta, das Beitrittsgesuch Finnlands, das Nahrungsmittelsonderprogramm sowie das Delors-II-Paket und die neue Mittelmeerpolitik zusammen.

Europäisches Parlament

6.–10. April: In Straßburg findet die Plenartagung des Europäischen Parlaments statt. Tagesordnungspunkte sind u. a. die Reform der Agrarpolitik, die Empfehlung zur Ratifizierung von Maastricht, der Europäische Automarkt, Haushaltsfragen, Menschenrechte, die Beziehungen zu Drittstaaten sowie die Forderung nach der Stilllegung von gefährdeten Kernkraftwerken. Darüber hinaus spricht der Präsident der EG-Kommission, Jacques Delors, über die Notwendigkeit der Erweiterung und der Vertiefung der Gemeinschaft.

EPZ/Jugoslawien

7. April: Die Zwölf erklären die Anerkennung von Bosnien-Herzegowina, und beschließen die Maßnahmen zugunsten der übrigen Republiken Jugoslawiens auch auf Serbien auszudehnen.

Zypern

7. April: In Brüssel unterzeichnet der zypriotische Außenminister, George Iacovou, den Vertrag zur Ausdehnung des BC-Netzes zur Verbesserung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

Bildung und Jugend

10. April: In Funchal (Madeira) findet eine informelle Tagung der für Bildung und Jugend zuständigen Minister statt. Tagesordnungspunkte sind u. a. die Hochschulausbildung und

Forschung, die Mobilität der Studenten sowie die Verbindung zwischen Universitäten und Unternehmen und die Bereitstellung von Fördermitteln.

EBWE

13.–14. April: In Budapest findet die erste Jahresversammlung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung statt. Die Teilnehmer erörtern die Probleme im Zusammenhang mit der Umstrukturierung und Privatisierung der öffentlichen Unternehmen. Mittlerweile nehmen 22 Länder an den Maßnahmen der EBWE teil.

Europäischer Wirtschaftsraum

14. April: Unterhändler der EG und EFTA paraphieren in Brüssel das Abkommen zur Schaffung eines Europäischen Wirtschaftsraums (EWR).

Brasilien

15. April: Die Vertreter der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Brasiliens unterzeichnen in Brüssel das Rahmenabkommen über die Zusammenarbeit beider Länder.

CECC

17. April: Die Wirtschafts- bzw. Handelsminister von Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei beschließen in Budapest die Gründung eines Mitteleuropäischen Kooperationsausschusses (Central European Cooperation Committee – CECC) und einigen sich auf den baldigen Abschluß eines Freihandelsabkommens.

Handelsministertreffen

25. April: Die Handelsminister Japans, Kanadas, der Vereinigten Staaten und der EG treffen in Tokio zu Gesprächen über die GATT-Verhandlungen zusammen, ohne jedoch einen Einigungserfolg erzielen zu können.

G7-Treffen

26. April: In Washington finden die Frühjahrsberatungen der sieben wichtigsten Industriestaaten statt. Themen der Beratungen sind u. a.

die Hilfeleistungen für Rußland und andere GUS-Staaten sowie die deutsch-amerikanische Auseinandersetzung über die Zinspolitik. Darüber hinaus treffen die Sieben mit dem stellvertretenden russischen Ministerpräsidenten, Igor Gaidar, zu Gesprächen zusammen.

Gruppe der 24

26. April: Die Konferenz der 24 Entwicklungsländer in Washington begrüßt die internationale Hilfe für die GUS-Staaten, obwohl weiterhin eine große Unterstützung gegen die Staatsverschuldung und Handelsschranken sowie Umweltprobleme zugunsten der eigenen Länder benötigt wird.

Regionen

27. April: In Montpellier (Frankreich) beraten die Vertreter der Regionen in der Gemeinschaft über die Gestaltung eines Regionen-Ausschusses im Rahmen des Maastrichter Vertrages.

Jugoslawien

27. April: In Lissabon verhandeln unter EG-Vermittlung die Konflikt-Parteien aus Bosnien-Herzegowina, Kroaten, Serben und Muslime, über die künftige Verfassung des Landes. Sie erzielen keine Einigung.

Internationaler Währungsfonds

27.-28. April: In Washington tagt der Interimsausschuß des Gouverneursrates des Internationalen Währungsfonds (IWF). Themen der Tagung sind u. a. das geringe Wirtschaftswachstum der Industrieländer aufgrund der anhaltenden Rezession, die Notwendigkeit der Konvergenz zur Errichtung der Wirtschafts- und Währungsunion, die GATT-Verhandlungen, die Verschuldungslage der Entwicklungsländer sowie die Reformbemühungen der ost- und mitteleuropäischen Länder.

Landwirtschaft

28./29. April: Die Landwirtschaftsminister der Gemeinschaft führen in Luxemburg Gespräche über die Finanzierung der Lagerung von Tafeloliven, das Inverkehrbringen von Gemüse-

pflanzgut und Pflanzen vom Obstgarten, die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse sowie die Uruguay-Runde.

Forschung

29. April: In Luxemburg kommt der Rat für Forschungsfragen zu Beratungen über die künftigen Leitlinien der Gemeinschaftspolitik im Bereich Forschung und technologische Entwicklung sowie über die Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern zusammen.

Wirtschafts- und Sozialausschuß

29./30. April: In Brüssel findet die 296. Plenartagung des WSA statt. Es wird u. a. Stellung genommen zu den Themen Delors-II-Paket, Sicherheit- und Gesundheitsschutz in Bergwerken und Steinbrüchen, Zugang von Verkehrsunternehmen zum Güterkraftverkehr sowie Agrarpreise für 1992/93.

Arbeit und Soziales

30. April: In Luxemburg tagt der Ministerrat für Arbeit und soziale Fragen. Themen der Beratungen sind die Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedsländer bei Massenentlassungen, die Mineralgewinnenden Industriezweige sowie die Arbeitszeitgestaltung der einzelnen Länder.

Mai

Europäischer Wirtschaftsraum

2. Mai: Die Außenminister der Gemeinschaft und der Europäischen Freihandelszone (EFTA) kommen in Porto (Portugal) zur Unterzeichnung des Vertrages über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) zusammen, mit dem freier Dienstleistungs-, Kapital- und Personenverkehr in absehbarer Zeit gewährleistet werden soll. Der EWR soll über einen Ministerrat, einen Gemeinsamen Ausschuß, einen Parlamentarischen Ausschuß und einen Beratenden Ausschuß für Sozialfragen verfügen.

Entwicklungszusammenarbeit

4. Mai: In Brüssel berät der zuständige Rat für die Zusammenarbeit in Entwicklungsfragen

u. a. über die Evaluierung der gemeinschaftlichen Entwicklungshilfe, die Strukturanpassung der AKP-Staaten, die Programmierung des Lomé IV-Abkommens und das Lebensmittelhilfe-Sonderprogramm 1992 mit ca. 220 Mio. ECU.

Makedonien

4. Mai: Die zwölf Mitgliedstaaten der Gemeinschaft erklären die Bereitschaft zur Anerkennung Makedoniens, sofern der Name des Staates von allen betroffenen Parteien akzeptiert werden kann.

UNCED

5. Mai: Der zuständige Ministerrat bereitet in Brüssel die Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro (3.–14. Juni) vor.

Polen/Ungarn/Tschechoslowakei

5. Mai: In Prag reden die Außenminister Polens, Ungarns und der Tschechoslowakei mit der Troika der Gemeinschaft über die multilateralen Beziehungen der Länder untereinander und zur Gemeinschaft.

Jugoslawien

6. Mai: Unter EG-Vermittlung werden in Brüssel die Friedensgespräche der sechs ehemaligen Jugoslawien-Republiken fortgesetzt, ohne jedoch einen Fortschritt der Verhandlungen erreichen zu können.

Fischerei

6./8. Mai: In Cancun (Mexiko) findet die Internationale Konferenz für verantwortungsvolle Fischerei statt, an der 67 Länder teilnehmen. Es wird u. a. eine Empfehlung zur Einführung eines Internationalen Verhaltenskodex verabschiedet.

Europarat

7. Mai: In Straßburg tagt neben der Parlamentarischen Versammlung (4.–8. Mai) das Ministerkomitee des Europarates. Wichtigstes Ereignis ist der Beitritt Bulgariens, das 27. Mitglied des Europarates wird.

Finanzen

8./9. Mai: In Porto (Portugal) kommen die Finanzminister der Gemeinschaft zu einer informellen Tagung zusammen. Themen der Tagung sind u. a. Wachstumssteigerung und Senkung des Haushaltsdefizits, die Anschluß der Währungen Norwegens, Schwedens und Finnlands an das Europäische Währungssystem, das Delors-II-Paket sowie die Ausdehnung der Auslandskredite des IWF und die zweite Phase der Wirtschafts- und Währungsunion.

Allgemeine Angelegenheiten/ Politische Zusammenarbeit

11. Mai: In Brüssel tagt der Rat für Allgemeine Angelegenheiten. Themen der Tagung sind u. a. das Abkommen zur Gründung eines Internationalen Zentrums für Wissenschaft und Technik, die Assoziierungsabkommen mit Rumänien und Bulgarien sowie die Haltung der Gemeinschaft gegenüber Israel im gemeinsamen Kooperationsrat.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit

11. Mai: Die Vertreter der Gemeinschaft und Albanien, Estland, Litauen sowie Lettland unterzeichnen in Brüssel ein Abkommen über den Handel sowie handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Kooperationsrat EWG-Israel

11. Mai: In Brüssel findet die zehnte Tagung des Kooperationsrates EWG-Israel statt, wobei die Multilateralen Nahost-Friedensverhandlungen und die anhaltenden Konflikte zwischen Israel und seinen Nachbarn sowie die Palästinaerfrage, angesprochen werden.

Handelspolitik

11. Mai: In Alvor (Portugal) beraten die Handelsminister auf einer informellen Tagung über die Verbesserung der Absatzmärkte, Wettbewerbsfragen und die Unterstützung des Einzelhandels im gemeinsamen Binnenmarkt.

Europäisches Parlament

11.–15. Mai: In Straßburg tagt das Europäische Parlament. Themen der Debatten sind u. a. die

Anlastung von Wegekosten an schwere Nutzfahrzeuge, Auflagen für Abfalldeponien, die Ernennung von Gefahrgutbeauftragten in Unternehmen, die Errichtung von Ozonmeßstationen sowie Maßnahmen in bezug auf den Drogenhandel und die schärfere Bekämpfung von organisiertem Verbrechen.

Binnenmarkt

14. Mai: Der Rat für Binnenmarktfragen berät in Brüssel u. a. über die Beseitigung der Kontrollen an den Binnengrenzen, die Gründung der Europäischen Aktiengesellschaft und den Zollkodex der Gemeinschaft.

Gesundheit

15. Mai: In Brüssel beraten die Gesundheitsminister auf einer Tagung u. a. über die Etikettierung von Tabakerzeugnissen, die Toxikologie zum Zweck des Gesundheitsschutzes sowie die ausreichende Versorgung von Blutprodukten in der Gemeinschaft.

Kulturelle Angelegenheiten

18. Mai: Die für kulturelle Angelegenheiten zuständigen Minister treffen in Brüssel zusammen, um über die Kulturstädte Europas nach 1996 und einen Europäischen Kulturmonat zu beraten. Europäische Kulturhauptstadt 1997 wird Thessaloniki.

OECD

18./19. Mai: In Paris findet die Minister-Jahrestagung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in Europa statt. Themen der Tagung sind u. a. die hohen Haushaltsdefizite einzelner Länder, die anhaltende Arbeitslosigkeit, die Förderung des Wirtschaftswachstums und des sozialen Fortschritts, die Stärkung des multilateralen Rahmens und die Stellung der OECD in einer sich wandelnden Welt.

Landwirtschaft

18.–21. Mai: Die Landwirtschaftsminister beraten während ihrer Tagung in Brüssel über die künftige Entwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik, die Festsetzung der Preise für landwirt-

schaftliche Erzeugnisse und bestimmte flankierende Maßnahmen. Sie tauschen Meinungen zur Abschaffung der Veterinärkontrollen an den Binnengrenzen aus.

Wirtschafts- und Finanzfragen

19. Mai: In Brüssel beraten die Wirtschafts- und Finanzminister der Gemeinschaft u. a. über die Ausdehnung der Tätigkeit der Europäischen Investitionsbank (EIB) außerhalb der Gemeinschaft sowie über das Konvergenzprogramm der Bundesrepublik Deutschland.

EFTA

19.–21. Mai: Der Ministerrat der EFTA kommt in Reykjavik zur jährlichen Tagung zusammen. Befriedigt äußern sich die Teilnehmer über die Unterzeichnung des EWR-Vertrages, wobei bedauert wird, daß es kein Freihandelsystem zwischen der Gemeinschaft, der EFTA und den mittel- und osteuropäischen Staaten gibt.

Schweiz

20. Mai: In Lissabon überreichen Vertreter der Schweizerischen Eidgenossenschaft den Vertretern der Europäischen Gemeinschaft den formellen Antrag auf Beitritt ihres Landes zu den Europäischen Gemeinschaften.

Energie

21. Mai: Der Ministerrat für Energiefragen verabschiedet in Brüssel eine Erklärung über die Gemeinschaftsstrategie zur Begrenzung der CO₂-Emissionen.

Flüchtlingskonferenz

21. Mai: In Wien beraten Regierungsbeamte aus Österreich, Italien, der Schweiz, Ungarn, der Tschechoslowakei, Kroatien und Slowenien über die Hilfe vor Ort und Finanzhilfen für die ca. 1,3 Mio. Flüchtlinge im ehemaligen Jugoslawien.

Rußlandhilfe-Konferenz

23./24. Mai: In Lissabon findet die zweite Konferenz über die Hilfe für die GUS-Staaten mit Vertretern aus über 70 Geberländern, Vertre-

tern der GUS-Staaten und Führungskräften von internationalen Finanzinstitutionen statt. Es wird vereinbart, daß sich die künftige Hilfe auf den Gesundheits-, Wohnungs- und Energiesektor bezieht, wobei die Hilfe überwiegend technischer Natur sein soll.

EUREKA

24. Mai: In Tampere (Finnland) tagt die zehnte Ministerkonferenz der Europäischen Forschungsinitiative im Hochtechnologiebereich (EUREKA), wobei über laufende und zukünftige Projekte der Zusammenführung von Forschungsinstituten und Unternehmen berichtet wird.

Wirtschafts- und Sozialausschuß

26./27. Mai: In Brüssel findet die 297. Plenartagung des WSA statt. Es wird eine Vielzahl von Stellungnahmen zu den unterschiedlichsten Themen verabschiedet, u. a. über das Statut von Europäischen Genossenschaften und Vereinen.

Umwelt

26./27. Mai: Die Umweltminister der Gemeinschaft beraten in Brüssel über die Luftverschmutzung durch Ozon, das fünfte Umweltprogramm, das Rahmenabkommen über Klimaveränderung und die Abfälle der Titandioxid-Industrie.

Juni

Bildungswesen

1. Juni: In Luxemburg beraten die für Bildungsfragen zuständigen Minister über die Entwicklung des offenen Fernunterrichts, die Umwelterziehung, die neuen Programme im Bereich Bildung und Ausbildung sowie den Entwurf über die Satzung der Europäischen Schulen.

Europäische Union/Dänemark

2. Juni: 50,7% des dänischen Volkes sprechen sich in einem Referendum gegen den Vertrag von Maastricht aus.

EGKS

2. Juni: Der Beratende Ausschuß der EGKS kommt in Luxemburg zu einer außerordentlichen Tagung zusammen. Themen der Tagung sind u. a. die Verschlechterung des Stahlmarktes und das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR).

UNCED (Rio-Konferenz)

3.-14. Juni: In Rio de Janeiro kommen 176 Länder und 110 Staats- und Regierungschefs sowie die Europäische Gemeinschaft zur Umwelt- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCED) zusammen. Die anschließende Abschlusserklärung von Rio enthält 27 Grundsätze bzw. einen Leitfaden für die Durchführung der Agenda 21, dem Aktionsprogramm für Umwelt und Entwicklung für das 21. Jahrhundert, das wirtschaftliche und soziale Aspekte, Erhaltung und Schonung der Ressourcen, die Rolle der sozialen Gruppen und die Mittel für die Ausführung enthält. Darüber hinaus unterzeichnen am 13. Juni 150 Staaten und die Gemeinschaft das Rahmenabkommen über weltweite Klimaveränderungen.

Allgemeine Angelegenheiten

4. Juni: In Oslo findet eine Sondertagung der Außenminister der Gemeinschaft zu dem negativen Ausgang des Referendums in Dänemark statt. Die endgültige Ratifizierung des Vertragswerks bis zum Ende des Jahres 1992 auch ohne die Teilnahme Dänemarks und ohne Veränderungen des Vertrages wird beschlossen.

Tourismus

4. Juni: Die Minister für Handel und Tourismus beraten auf ihrer Ratstagung in Luxemburg u. a. über den Aktionsplan der Gemeinschaft zur Förderung des Tourismus.

Telekommunikation

5. Juni: Die Minister für Fernmeldewesen erörtern auf einer Tagung in Luxemburg den Aktionsplan zur Einführung fortgeschrittener Fernsehdienste.

Europäisches Parlament

8.-12. Juni: In Straßburg findet die Plenartagung des Europäischen Parlaments statt. Die Abgeordneten stimmen einer Verlängerung der Ausgleichsbeihilfen für deutsche Landwirte zu, befürworten eine Erhöhung des EG-Haushaltsetats bis 1997 um über 30% und sprechen sich für eine Erhöhung der EP-Mandatszahl von 517 auf 567 vor der nächsten Direktwahl 1994 aus. Enttäuscht äußert man sich über die Ergebnisse des Umweltgipfels von Rio und appelliert an die deutsche Bundesregierung, bei der Entscheidungsfindung über den "Jäger 90" an die 40.000 betroffenen Arbeitsplätze zu denken.

Fischerei

9. Juni: Der Rat für Fischereifragen behandelt in Luxemburg die Reform der gemeinsamen Fischereipolitik und die gemeinsamen Vermarktungsnormen für Thunfisch- und Bonitokonserven.

Wirtschaft und Finanzen

9./10. Juni: In Luxemburg tagt der Rat für Wirtschafts- und Finanzfragen. Tagesordnungspunkte sind u. a. das Konvergenzprogramm für Spanien und eine grundsätzliche Einigung über die Zahlungsbilanzdarlehen für Bulgarien und Rumänien, das Delors-II-Paket, die Eigenmittele Ausstattung sowie die Beseitigung von Steuergrenzen.

TREVIGruppe

11. Juni: In Lissabon bespricht die TREVIGruppe die Einrichtung von Europol. Die Behörde soll im Kampf gegen den internationalen Drogenhandel und das organisierte Verbrechen mitwirken.

Einwanderung

11. Juni: Die für Einwanderungsfragen zuständigen Minister kommen in Lissabon zu einer Tagung zusammen, um über die Abschaffung der Grenzkontrollen und die Begleitmaßnahmen des Palma-Dokuments, die Lage in Bosnien-Herzegowina, die Harmonisierung der Asylpolitiken sowie über die Ausdehnung des

Dubliner Übereinkommens und das Verzeichnis der Visaländer zu beraten.

Allgemeine Angelegenheiten/
Politische Zusammenarbeit

15. Juni: Der Rat für Allgemeine Angelegenheiten und Politische Zusammenarbeit tagt in Luxemburg. Tagesordnungspunkte sind u. a. die Beziehungen zu Japan und der Beitrittsantrag der Schweiz.

Landwirtschaft

15./16. Juni: Der Rat der Landwirtschaftsminister kommt in Luxemburg zu einer Tagung zusammen. Tagesordnungspunkte sind u. a. die Ausgaben im Veterinärbereich und die Abschaffung von Veterinärkontrollen an den Binnengrenzen sowie eine Richtlinie für Hygienevorschriften.

Jugoslawien

16. Juni: Die zwölf Mitgliedstaaten der Gemeinschaft weisen auf die Unterstützung der Resolutionen des UN-Sicherheitsrates 757 vom 30. Mai 1992 und 758 vom 8. Juni 1992 hin. Das Ziel der beschlossenen Sanktionen ist eine friedliche und ausgewogene Lösung der Jugoslawien-Krise. Weiterhin wird der Flughafen von Sarajevo zu humanitären Zwecken und unter der Aufsicht der Vereinten Nationen wiedereröffnet.

Industrie

17. Juni: Die Minister für Energie und Industrie sprechen in Luxemburg über die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Drittländern, die europäische Automobil- und Luftfahrtindustrie, Beihilfen für den Schiffbau sowie Unterstützungen für die kleinen und mittleren Unternehmen, Handel und Handwerk.

Binnenmarkt

18. Juni: Der Rat für Binnenmarktfragen kommt in Luxemburg zu einer Tagung zusammen. Wichtigster Tagesordnungspunkt ist die Änderung der Richtlinie über die Auftragsvergabe im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie im Telekommunikationssektor.

Europäische Union/Irland

18. Juni: 69,1% der irischen Bevölkerung stimmen in einem Referendum dem Vertrag von Maastricht zu. 30,9% stimmen dagegen.

Europäische Energiecharta

18. Juni: In Brüssel findet die fünfte Plenarsitzung der internationalen Konferenz über die Europäische Energiecharta statt, um über Fortschritte in den Bereichen Wettbewerb, Transit, Technologie und Investitionsschutz zu beraten.

WEU

19. Juni: In Bonn kommen die Außen- und Verteidigungsminister der Westeuropäischen Union zu einer Ratstagung über die Petersberger Erklärung zusammen.

Verkehr

22./23. Juni: Die Verkehrsminister der Gemeinschaft beraten in Luxemburg über die Liberalisierung des Luftverkehrs, die Kabotage im Personenkraftverkehr und den freien Dienstleistungsverkehr auf der See.

Forschung und Technologie

23. Juni: In Brüssel unterzeichnen Vertreter der Gemeinschaft und der Staaten Rußland, Weißrußland und Ukraine ein Kooperationsabkommen über die Erforschung der Folgen des Unglücks von Tschernobyl.

Arbeit und Soziales

24. Juni: In Luxemburg tagt der Rat für Arbeit und soziale Fragen. Themen der Beratungen sind u. a. die Beteiligung der Arbeitnehmer an den Gewinn- und Betriebsergebnissen sowie die Annäherung der Ziele und der Politik im Bereich des sozialen Schutzes.

Jugoslawien

25. Juni: In Straßburg findet erneut unter EG-Vermittlung ein Friedensgespräch mit den Vertretern Serbiens, Kroatiens und Bosniens statt, ohne jedoch ein Ergebnis zu erzielen.

Europäischer Rat

26./27. Juni: In Lissabon kommen die Staats- und Regierungschefs der Gemeinschaft zum Gipfeltreffen zusammen. Themen der Beratungen sind u. a. der Stand der Verwirklichung der Europäischen Union und die Außenbeziehungen der Gemeinschaft. Kommissionspräsident Jacques Delors wird erneut für weitere zwei Jahre im Amt bestätigt.

Verbraucherschutz

29. Juni: In Luxemburg tagt der Rat für Verbraucherschutz und -information. Themen der Beratungen sind u. a. die angemessene Produktsicherheit, die künftigen Prioritäten in der Verbraucherschutzpolitik und eine grundsätzliche Einigung in bezug auf mißbräuchliche Klauseln.

Wirtschaft und Finanzen

29. Juni: Der Rat für Wirtschafts- und Finanzfragen tagt in Luxemburg. Themen der Beratungen sind u. a. die angemessene Eigenmittelausstattung von Wertpapierfirmen und Kreditinstituten und eine politische Einigung in bezug auf Wertpapierdienstleistungsunternehmen.

Landwirtschaft

30. Juni: Die Landwirtschaftsminister der Gemeinschaft beraten in Luxemburg über die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik und die Festsetzung der Agrarpreise für das Wirtschaftsjahr 1992/93.

Juli

Präsidentschaft

1. Juli: Der Ratsvorsitz der EG geht von Portugal an Großbritannien über. Die Prioritäten des britischen Ratsvorsitzes für das zweite Halbjahr 1992 liegen nach dem britischen Premierminister, John Major, in der zügigen Norderweiterung der Gemeinschaft (um die EFTA-Länder), der Reduzierung der EG-Einflußnahme auf nationale Entscheidungen, der Ratifizierung des Maastrichter Vertrages, der

Vollendung des Binnenmarktes und dem Abschluß der GATT-Verhandlungen.

Wirtschafts- und Sozialausschuß

1./2. Juli: In Brüssel findet die 298. Plenartagung des WSA statt. Wichtigstes Thema ist der erste Bericht der Kommission über die Anwendung der Sozialcharta und die schleppende Umsetzung der Vorschläge für Rechtsakte seitens des Rates.

Europäische Union/Luxemburg

2. Juli: Mit 52 gegen 6 Stimmen ratifiziert das luxemburgische Parlament den Vertrag von Maastricht über die Europäische Union.

G7-Treffen

6.-8. Juli: In München findet das achtzehnte Gipfeltreffen der sieben wichtigsten Industrienationen statt. Themen der Beratungen sind die Weltwirtschaftslage, die Hilfe für die GUS-Staaten, die Reformen in den ost- und mitteleuropäischen Staaten und die Sicherheit der ehemals sowjetischen Kernkraftwerke.

Europäisches Parlament

6.-10. Juli: In Straßburg findet die Plenartagung des Europäischen Parlaments statt. Die Abgeordneten werten den portugiesischen Ratsvorsitz positiv und nehmen die Arbeitsschwerpunkte der britischen Präsidentschaft entgegen. Weitere Themen sind u. a. ein wirtschaftliches Soforthilfeprogramm für die GUS-Staaten, ein humanitäres Soforthilfeprogramm für Afrika sowie Sozial- und Umweltthemen.

KSZE

8. Juli: Zum Abschluß der vierten Folgekonferenz der KSZE in Helsinki unterzeichnen Armenien, Aserbaidshan, Georgien, Kasachstan, Kyrgystan, Turkmenistan, Slowenien, Kroatien und Bosnien-Herzegowina die Schlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa.

Unternehmenspolitik

9./10. Juli: In Rom findet die Jahreskonferenz der Mitglieder des BC-NET statt – ein Infor-

mationsnetz für die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen. Neben den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft und der EFTA nutzen weitere elf Länder dieses Informationsnetz.

Wirtschaft und Finanzen

13. Juli: In Brüssel tagen die Wirtschafts- und Finanzminister der Gemeinschaft. Themen der Beratungen sind u. a. das niederländische Konvergenzprogramm, die Verwendung des GUS-Darlehens von über 1,25 Mrd. ECU sowie die Finanzhilfe für Albanien in Form eines Zuschusses.

Landwirtschaft

13./14. Juli: Die Landwirtschaftsminister der Gemeinschaft beraten in Brüssel u. a. über den Schutz des Waldes, den ökologischen Landbau, die Lebensmittelqualität und die Bekämpfung der Newcastle-Krankheit bei Rindern.

Jugoslawien

15.-17. Juli: Im Rahmen der Jugoslawien-Friedensverhandlungen in London handeln die Konfliktparteien einen neuen Waffenstillstand in Bosnien-Herzegowina aus. Die schweren Waffen sollen der UN-Kontrolle unterliegen.

Verkehr

17. Juli: Die Verkehrsminister der Gemeinschaft beraten in Herfordshire (Großbritannien) auf einer informellen Tagung über Umweltschutzfragen, die Harmonisierung der Straßennutzungsgebühren und die staatlichen Beihilfen im Verkehrswesen.

Allgemeine Angelegenheiten

20. Juli: Die Außenminister der Gemeinschaft erörtern in Brüssel die Beihilfen für den Schiffbau in den neuen Ländern. Weitere Punkte sind das Delors-II-Paket, die EG-Erweiterung, die Subsidiarität und die Kompetenzerweiterung des Europäischen Gerichts erster Instanz.

Kernenergie

21. Juli: In Washington unterzeichnen Vertreter der Gemeinschaft, der Vereinigten Staa-

ten, Japans und Rußlands ein Übereinkommen über die Zusammenarbeit beim Konstruktionsentwurf für den internationalen thermonuklearen Versuchsreaktor ITER, der eine friedliche Nutzung der Fusionsenergie wissenschaftlich und technisch ermöglichen soll.

Haushalt

23. Juli: In Brüssel berät der Rat für Haushaltsfragen über den Gesamthaushaltsplan 1993. Die Agrarausgaben werden auf rund 1,918 Mrd. ECU aufgestockt.

ASEAN-EG

23.–27. Juli: In Manila findet die Konferenz zwischen den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft und der ASEAN, im Anschluß an die jährliche Ministertagung der ASEAN statt. Themen der Konferenz sind u. a. das dritte Rahmenabkommen zwischen der Gemeinschaft und der ASEAN sowie die Ergebnisse der G7-Tagung in München.

Wirtschaft und Finanzen

27. Juli: In Brüssel führt der Rat für Wirtschafts- und Finanzfragen eine eingehende Aussprache über die Beseitigung der Steuerengrenzen.

Jugoslawien

27.–29. Juli: Aufgrund der Nichteinhaltung der Waffenstillstandsvereinbarung vom 15.–17. Juli findet in London erneut eine Gesprächsrunde statt. Die Verhandlungsführer kommen nicht zu direkten Gesprächen zusammen.

Europäische Union/Griechenland

31. Juli: Mit 285 gegen 8 Stimmen ratifiziert das griechische Parlament den Vertrag über die Europäische Union.

August

Verteidigungspolitik

4. August: Die Verteidigungsminister Deutschlands, Großbritanniens, Italiens und Spaniens treffen in Madrid zu Gesprächen über das

gemeinsame Projekt "Jäger 90" zusammen. Diskutiert wird über eine mögliche Kostenreduzierung von ca. 30% und über die Entwicklung eines neuen, billigeren Flugzeugtyps, der den neuen Sicherheitsanforderungen in Europa gerecht werden soll.

Jugoslawien

7. August: Der Ministerpräsident von Kroatien, Franjo Greguric, und von Rest-Jugoslawien, Milan Panic, unterzeichnen in Budapest ein Abkommen über den Austausch von Kriegsgefangenen.

Jugoslawien

15. August: In Brüssel einigen sich die Führer der bosnischen Serben und Kroaten auf einen Waffenstillstand.

Jugoslawien

25.–27. August: In London findet die erste Tagung im Rahmen der internationalen Konferenz über die ehemalige Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien unter dem Vorsitz des UN-Generalsekretärs, Boutros Boutros-Ghali, und dem britischen EG-Ministerratspräsidenten, John Major, statt. Vorrangige Themen sind u. a. Menschenrechtsverletzungen der Konfliktparteien und die künftige Struktur der ehemaligen jugoslawischen Konföderation. Darüber hinaus wird eine Grundsatzerklärung u. a. über die Einstellung der Kampfhandlungen, die Einhaltung des Waffenstillstandes, die Beendigung der "ethnischen Säuberungen" und die Beachtung der UN-Resolutionen von allen Staaten und allen Parteien verabschiedet. Des Weiteren wird ein Aktionsprogramm zur Einstellung der Gewalttätigkeiten und der Förderung von humanitären Hilfen jeglicher Art genehmigt.

Westeuropäische Union

28. August: Im Anschluß an die Jugoslawien-Konferenz kommen die Außen- und Verteidigungsminister der WEU-Mitgliedstaaten zu einer Sitzung zusammen, auf der u. a. die Bereitschaft geäußert wird, zusätzlich 4.500 bis 5.000 Soldaten zum Schutz der Hilfskonvois für die Bevölkerung zur Verfügung zu stellen.

Die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet sich zur logistischen und finanziellen Unterstützung.

Vereinigte Staaten

31. August: Die amerikanische Handelsbeauftragte Hills stattet der Kommission in Brüssel seinen Besuch ab, um die Entwicklungen und den möglichen Abschluß der GATT-Verhandlungen bis Ende des Jahres zu besprechen. Ein weiteres Thema ist das kürzlich abgeschlossene Nordamerikanische Freihandelsabkommen zwischen den Vereinigten Staaten, Mexiko und Kanada (NAFTA-Abkommen).

September

Europäisches Parlament

14.–18. September: In Straßburg findet die Plenartagung des Europäischen Parlaments statt. Themen der Debatten sind u. a. die Strukturfondsreform, die jüngsten Währungsturbulenzen, die Europaabkommen mit Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei, die Sicherheit von Kernkraftwerken in der Gemeinschaft, die Ausschreitungen von Rechtsradikalen in Rostock, die Kontrolle von Rüstungs- und Waffenexporten sowie die Umstellung der Rüstungsindustrie.

Landwirtschaft

21./22. September: Der Rat der Landwirtschaftsminister erörtert in Brüssel auf einer Tagung u. a. die Kennzeichnung und Registrierung von Tieren, ein integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem für bestimmte gemeinschaftliche Beihilferegelungen sowie eine Zwischenbilanz bezüglich der Anwendung der Milchquotenregelung in Italien.

Binnenmarkt

22. September: In Brüssel tagt der Rat für Binnenmarktfragen. Die wichtigsten behandelten Punkte sind die mißbräuchlichen Klauseln in Verbraucherverträgen und die Angabe des Energieverbrauchs von Haushaltsgeräten. Weitere Punkte sind die Zeit nach dem 31. Dezember 1992 und die Beseitigung der Waren-

Personen- und Dienstleistungskontrollen an den Binnengrenzen.

Wirtschafts- und Sozialausschuß

23./24. September: In Brüssel findet die 299. Plenartagung des WSA statt. Es werden die vier Hauptpunkte des britischen Arbeitsprogramms erläutert; Ratifizierung des Maastrichter Vertrages, Subsidiarität, Annahme der letzten Maßnahmen zur Vollendung des Binnenmarktes, die Erweiterung der Gemeinschaft und die Beziehungen zur GUS.

Wirtschaft und Finanzen

28. September: In Brüssel tagt der Rat für Wirtschafts- und Finanzfragen. Es werden Schlußfolgerungen über das Europäische Währungssystem und Betrugsfälle zu Lasten des EG-Haushalts verabschiedet.

Oktober

Allgemeine Angelegenheiten

5./6. Oktober: Der Rat für Allgemeine Angelegenheiten tagt in Brüssel über die Beziehungen zu den GUS-Staaten und dem ehemaligen Jugoslawien sowie über Maßnahmen auf dem Gebiet der Antidumping- und Ausgleichszölle bei US-Stahl.

Forschung

12. Oktober: In Luxemburg beraten die Forschungsminister der Gemeinschaft über die zusätzlichen Mittel für das Dritte Rahmenprogramm im Bereich Forschung und technologische Entwicklung (1990–1994).

Europäisches Parlament

14. Oktober: In Straßburg findet am Vorabend des Europäischen Rates von Birmingham eine außerordentliche Tagung statt, um den Stand des Ratifikationsverfahrens des Maastrichter Vertrages zu erörtern.

EPZ/Georgien

14. Oktober: Die Zwölf äußern sich zufrieden über den Ausgang der Wahlen am 11. Oktober

und begrüßen die Wahl Eduard Schewardnadses zum georgischen Parlamentspräsidenten.

Wirtschaft- und Finanzen

19. Oktober: Der Rat für Wirtschafts- und Finanzfragen berät auf seiner Tagung in Luxemburg über die gemeinschaftlichen Kreditgarantien für Drittländer, die Verwendung des Darlehens in Höhe von 1,25 Mrd. ECU zugunsten der GUS-Staaten und über die Beseitigung der Steuergrenzen.

Fischerei

19. Oktober: In Luxemburg tagt der Rat für Fischereifragen über die gemeinsame Marktorganisation für Fischereierzeugnisse und den Schutz der Delphine.

Umwelt

20. Oktober: Die Umweltminister der Gemeinschaft erzielen auf ihrer Tagung in Luxemburg eine politische Einigung über die Überwachung und Kontrolle der Verbringung von Abfällen.

Wirtschafts- und Sozialausschuß

21./22. Oktober: In Brüssel findet die 300. Plenartagung des WSA statt. Zur neuen Präsidentin wird Frau Susanne Tiemann (Fraktion Verschiedene Interessen, Deutschland) ernannt, die in ihrer Antrittsrede die Arbeitsschwerpunkte des Vorsitzes erläuterte: die Anwendung des Maastrichter Vertrages in bezug auf die Geschäftsordnung und die Haushaltsmittel, die Wirkung der WSA-Stellungnahmen und die WSA-Außenpolitik.

Landwirtschaft

26./27. Oktober: In Luxemburg tagt der Rat der Landwirtschaftsminister u. a. über die Anpassung der agromonetären Regelung, die Regelung des "Bananensektors" sowie über den Stand der GATT-Verhandlungen.

Italien

26. Oktober: Das italienische Abgeordnetenhaus ratifiziert mit 423 gegen 46 Stimmen den

Vertrag über die Europäische Union, der vom Senat bereits am 17. September mit 17 gegen 16 Stimmen gebilligt worden war.

Verkehr

26. Oktober: Die Verkehrsminister der Gemeinschaft legen auf ihrer Tagung in Luxemburg die Verhandlungsrichtlinien für das Abkommen EWG-Slowenien fest.

Europäisches Parlament

26.–30. Oktober: In Straßburg findet die Plenartagung des Europäischen Parlaments statt. Sie ist weitgehend von der Debatte über den Europäischen Rat von Birmingham, der Beratung und Abstimmung in erster Lesung über den Haushalt für 1993 sowie der Erörterung verschiedener außenpolitischer Themen bestimmt.

November

Verbraucherschutz

3. November: Der zuständige Ministerrat für Verbraucherfragen tagt in Brüssel, um über die Angleichung der Rechtsvorschriften für kosmetische Mittel zu beraten. Darüber hinaus stellt die Kommission den Sutherland-Bericht vor.

Belgien

4. November: Im belgischen Parlament stimmt der Senat mit 115 gegen 26 Stimmen bei einer Enthaltung für den Vertrag über die Europäische Union, nachdem dieser bereits am 17. Juli von dem Abgeordnetenhaus mit 143 gegen 33 Stimmen ratifiziert worden war.

Slowenien

5. November: In Brüssel unterzeichnen Vertreter der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Slowenien ein Abkommen über wirtschaftliche und handelspolitische Zusammenarbeit zwischen den beiden Vertragsparteien.

Allgemeine Angelegenheiten

9. November: Die Außenminister der Gemeinschaft beraten in Brüssel über Folgemaßnah-

men des Gipfeltreffens in Birmingham und über die Stellungnahme der Kommission zum Beitrittsgesuch Finnlands.

Interinstitutionelle Konferenz

10. November: In Brüssel findet im Anschluß an den Europäischen Rat von Birmingham die erste interinstitutionelle Konferenz zwischen dem Europäischen Parlament, den Vertretern des Ministerrates und der Kommission statt. Thema der Konferenz ist das Subsidiaritätsprinzip und die Transparenz der Gemeinschaftsbefugnisse. Die zweite interinstitutionelle Konferenz in diesem Rahmen findet am 26. November statt.

Binnenmarkt

10. November: In Brüssel tagt der Rat für Binnenmarktfragen. Themen der Beratungen sind u. a. die Ausfuhr und Rückgabe von Kulturgütern und das Funktionieren des Binnenmarktes nach dem 31. Dezember 1992.

Kultur

12. November: Der für Kulturfragen zuständige Ministerrat berät in Brüssel über das Verfahren für die Benennung der europäischen Kulturhauptstädte und die kulturellen Tätigkeiten der Gemeinschaft.

Gesundheitswesen

13. November: Der für Gesundheitsfragen zuständige Ministerrat berät in Brüssel über die Überwachung und Kontrolle übertragbarer Krankheiten, die Gesundheitserziehung sowie über die Verhinderung der Drogensucht und Drogennachfrage in der Gemeinschaft.

Haushalt

16. November: Der für Haushaltsfragen zuständige Rat berät in Brüssel über das Haushaltsverfahren 1993.

Landwirtschaft

16./17. November: In Brüssel findet die Ratsagung der Landwirtschaftsminister statt. Wichtigster behandelte Punkt ist das integrierte Verwaltungs- und Kontrollsystem für Beihilfen.

Europäisches Parlament

16.–20. November: In Straßburg findet die Plenartagung des Europäischen Parlaments statt. Themen der Beratungen sind u. a. die Ratifizierung des Vertrages über die Europäische Union, das Subsidiaritätsprinzip, die GATT-Verhandlungen, die Entlastung zur Ausführung des Haushaltsplans 1990 sowie die Einwanderungs- und Asylpolitik.

Europaabkommen

17. November: In Brüssel wird das Europaabkommen zwischen den Vertretern der Europäischen Gemeinschaft und Rumänien paraphiert.

Entwicklungszusammenarbeit

18. November: Der Ministerrat für Entwicklungszusammenarbeit tagt in Brüssel. Themen der Beratungen sind u. a. die Entwicklungszusammenarbeit bis zum Jahr 2000, die Familienplanung in den Entwicklungsländern sowie die Durchführung der Entschließung von 1991 über Menschenrechte, Demokratie und Entwicklung.

Telekommunikation

19. November: In Brüssel tagt der Rat für Telekommunikationsfragen. Thema der Beratung ist u. a. die Lage der Telekommunikationsdienste in der Gemeinschaft.

EGKS

19./20. November: In Luxemburg findet die ordentliche Tagung des Beratenden Ausschusses der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl statt. Themen der Tagung sind u. a. die Umstrukturierung der Stahlindustrie der Gemeinschaft und die Probleme hinsichtlich der Festlegung und Durchführung einer Gemeinschaftspolitik im Bereich Kohle.

Wirtschaft und Finanzen

23. November: In Brüssel beraten die Wirtschafts- und Finanzminister der Gemeinschaft u. a. über das belgische Konvergenzprogramm, die Betrugsbekämpfung sowie die Leitlinien für die Unternehmensbesteuerung im Binnenmarkt.

Fischerei

23. November: In Brüssel tagt der zuständige Ministerrat für Fischereifragen. Themen der Beratungen sind u. a. die Eröffnung von Gemeinschaftszollkontingenten und die Aussetzung der autonomen Zollsätze des Gemeinsamen Zolltarifs.

Industrie

24. November: In Brüssel tagt der zuständige Ministerrat für Industriefragen. Themen der Beratungen sind u. a. die industrielle Wettbewerbsfähigkeit und Umweltschutz, die Vereinfachung der Verwaltung für Unternehmen und die Zukunft des EGKS-Vertrages.

Wirtschafts- und Sozialausschuß

24./25. November: In Straßburg findet die 301. Tagung des WSA statt. Zu folgenden Themen werden Stellungnahmen verabschiedet: Steuerfragen in Unternehmen, Anpassung des Gewerbes der Zollagenten und -spediteure an den Binnenmarkt, Mehrwertsteuerregelungen, Sprachtelephondienst sowie die gemeinsame Marktorganisation für Bananen und Zucker.

Spanien

25. November: Im spanischen Parlament stimmt der Senat mit 222 Stimmen bei 3 Enthaltungen für den Vertrag über die Europäische Union, nachdem bereits am 29. Oktober das Abgeordnetenhaus mit 314 gegen 3 Stimmen bei 8 Enthaltungen dem Vertragswerk zugestimmt hatte.

Norwegen

25. November: In Brüssel überreicht die norwegische Ministerpräsidentin Brundtland dem amtierenden Ratspräsidenten Hurd den formellen Antrag ihres Landes auf Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften.

Bildung

27. November: Die Bildungsminister der Gemeinschaft beraten in Brüssel auf einer Tagung u. a. über das Bildungsinformationsnetz der Gemeinschaft (Eurydice), die europäische Dimension im Hochschulwesen sowie den offenen Fernunterricht.

GUS

27. November: In Brüssel unterzeichnen die Vertreter der Gemeinschaft und der unabhängigen Staaten der ehemaligen Sowjetunion ein Abkommen über die Gründung eines Internationalen Zentrums für Wissenschaft und Technik (ISTC).

Energie

30. November: In Brüssel tagt der für Energiefragen zuständige Ministerrat. Themen der Beratungen sind u. a. der Binnenmarkt für Elektrizität und Erdgas, der Mineralölmarkt, die mineralölverarbeitenden Industrien, die Europäische Energiecharta sowie die technische Harmonisierung und Normung im Energiesektor.

Einwanderung

30. November – 1. Dezember: In London findet die halbjährliche Tagung der für Einwanderungsfragen zuständigen Minister statt. Die Minister genehmigen eine Empfehlung zu den Verfahren der Mitgliedstaaten bei der Abschiebung von Staatsangehörigen aus Drittländern, die sich illegal in ihrem Hoheitsgebiet aufhalten, sowie eine Empfehlung zum Transit im Falle einer Abschiebung.

Dezember

Deutschland

2. Dezember: In Bonn stimmt der deutsche Bundestag mit 543 gegen 17 Stimmen bei 8 Enthaltungen für den Vertrag über die Europäische Union.

GATT

2./3. Dezember: In Genf findet die 48. Tagung des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens statt, auf der es im wesentlichen um den Stand der multilateralen Verhandlungen im Rahmen der Uruguay-Runde geht.

Arbeit und Soziales

3. Dezember: Die Minister für Arbeit und Sozialfragen kommen in Brüssel zu Beratungen

über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in der Gemeinschaft, die Umsetzung und Anwendung des Sozialrechts in der Gemeinschaft und die betrieblichen Altersversorgungssysteme zusammen.

Allgemeine Angelegenheiten/ Politische Zusammenarbeit

7. Dezember: Der Rat für Allgemeine Angelegenheiten und politische Zusammenarbeit verabschiedet auf seiner Tagung in Brüssel Schlußfolgerungen über Antidumping- und Ausgleichsmaßnahmen im Stahlbereich in den Vereinigten Staaten sowie zur nuklearen Sicherheit in Mittel-, Osteuropa und den GUS-Staaten.

Verkehr

7./8. Dezember: In Brüssel tagt der Rat der Verkehrsminister. Themen der Tagung sind u. a. die Kontrolle des Luftverkehrs, die Abkommen auf dem Gebiet des Binnenschiffsverkehrs, der Gütertransport im kombinierten Verkehr sowie Gefahrentransporte im Seeverkehr und die freien Dienstleistungen für den Seeverkehr (Seekabotage).

Forschung

8. Dezember: In Brüssel tagen die Forschungsminister der Gemeinschaft über die Bereitstellung zusätzlicher Mittel für das Dritte Rahmenprogramm, die Europäische Raumfahrt und den Stand der Förderung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit in den GUS-Staaten.

Portugal

11. Dezember: In Lissabon stimmt das portugiesische Parlament mit 200 gegen 21 Stimmen für den Vertrag über die Europäische Union.

Europäischer Rat

11./12. Dezember: In Edinburgh kommen die Staats- und Regierungschefs der Gemeinschaft zum Gipfeltreffen zusammen. Themen des Treffens sind u. a. die Probleme, die sich aus dem negativen dänischen Referendum ergeben. Der Europäische Rat beschließt, den Wunsch Dänemarks nach Ausnahmeregelun-

gen zu akzeptieren, u. a. nicht an einer einheitlichen Währung und den verteidigungspolitischen Konzeptionen teilzunehmen.

Wirtschaft- und Finanzen

14. Dezember: Der Rat für Wirtschafts- und Finanzfragen nimmt auf seiner Tagung in Brüssel Richtlinien zur Vereinfachung der Mehrwertsteuer- und Verbrauchsteuerregelungen an. Schlußfolgerungen werden zu den Themen Kontrolle von steuerfreien Verkäufen und CO₂-Steuern angenommen.

KSZE

14./15. Dezember: In Stockholm findet die dritte Ministerratskonferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) statt. Themen der Konferenz sind u. a. die Rolle der KSZE in den Krisengebieten im Balkan und im südlichen Teil der ehemaligen Sowjetunion sowie die Lage in den baltischen Staaten.

Landwirtschaft

14.–17. Dezember: Die Landwirtschaftsminister der Gemeinschaft tagen in Brüssel. Themen der Beratungen sind u. a. die gemeinsame Marktorganisation für Bananen, die Anpassung der agromonetären Regelung an den Binnenmarkt und die landwirtschaftlichen Umrechnungskurse.

Europäisches Parlament

14.–18. Dezember: In Straßburg findet die Plenartagung des Europäischen Parlaments statt. Im Mittelpunkt der Arbeiten des Parlaments stehen die Aussprache über die Tagung des Europäischen Rates in Edinburgh und die zweite Lesung des Haushaltsplans für das Jahr 1993, in dem rund 65,058 Mrd. ECU Verpflichtungsmittel und 65,523 Mio. ECU für Zahlungsmittel vorgesehen sind.

Telekommunikation

15. Dezember: In Brüssel führen die für Telekommunikation zuständigen Minister eine eingehende Aussprache über HDTV.

Niederlande

15. Dezember: Die Mehrheit des niederländischen Parlaments stimmt bei vier Gegenstimmen für den Vertrag über die Europäische Union, nachdem dieser bereits am 12. November im Abgeordnetenhaus mit 137 gegen 13 Stimmen ratifiziert worden war.

Umwelt

15./16. Dezember: Die Umweltminister der Gemeinschaft beraten in Brüssel über die Schadstoffemissionen von leichten Nutzfahrzeugen, den Verzicht von ozonschichtabbauenden Stoffen, das Montrealer Protokoll, die Ratifikation des Baseler Übereinkommens und das Aktionsprogramm für eine umweltgerechte und dauerhafte Entwicklung.

Binnenmarkt

17./18. Dezember: Der Rat für Binnenmarktfragen berät in Brüssel u. a. über das System für den freien Arzneimittelverkehr, medizintechnische Produkte sowie das Inverkehrbringen und die Kontrolle von Sprengstoff für zivile Zwecke.

EGKS

18. Dezember: In Luxemburg kommt der beratende Ausschuß der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl zu einer ordentlichen Tagung zusammen. Themen der Beratungen sind das Vorauschätzungsprogramm "Stahl" für das erste Halbjahr 1993, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Stahlindustrie, das

Assoziationsabkommen mit Rumänien und die Zukunft des EGKS-Vertrages.

Deutschland

18. Dezember: In Bonn ratifiziert der Bundesrat einstimmig den Vertrag über die Europäische Union.

Fischerei

19./20. Dezember: Der Ministerrat für Fischereifragen tagt in Brüssel u. a. über die Gemeinschaftsregelung für Fischerei und Aquakultur, die zulässige Gesamtfangmenge und die entsprechenden Fangbedingungen für das Jahr 1993 sowie über die Verbesserung und Anpassung der Strukturen im Bereich Fischerei und Aquakultur.

Allgemeine Angelegenheiten/
Politische Zusammenarbeit

21. Dezember: Der Rat für Allgemeine Angelegenheiten und Politische Zusammenarbeit berät auf der Tagung in Brüssel über die Exportkontrollen für Produkte und Technologien mit doppeltem Verwendungszweck sowie über das Verfahren zur Ratifikation des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum.

Bulgarien

22. Dezember: In Brüssel unterzeichnen die Vertreter der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Bulgarien das Europaabkommen. Darüber hinaus kommt es zur Unterzeichnung eines Interimabkommens zwischen EWG und EGKS einerseits sowie der Republik Bulgarien andererseits.